

Berlin, 29. Januar 2021

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Fernab vom Corona-Krisen-Management haben wir auch auf anderen Politikfeldern diese Woche gute Politik gemacht. Dass wir den Regierungsentwurf zum Baulandmobilisierungsgesetz in erster Lesung beraten haben, war ein wichtiger Schritt in Richtung einer aktiven Bodenpolitik – ein Ventil, mit dem man den Druck in den angespannten Wohnungsmärkten ablassen könnte.

Mehr Pressure braucht es unterdessen beim Protest gegen die B64 in unserem Kreis. Die angekündigten Anpassungen der Straße durch den Landesbetrieb verdeutlichen, dass die gesamten Pläne der Überarbeitung bedürfen.

Apropos Verkehr: Für unseren Verkehrsminister scheint nur das politische Überleben zu zählen. Gestern stand er erneut zum teuren Maut-Desaster vor dem Untersuchungsausschuss. Wahrscheinlich hat bisher kein Minister stärker gewackelt ohne zu fallen, aber weder schwebt ein Rücktrittsgesuch in der Luft, noch gibt es neue Erkenntnisse, die ihn schwerer belasten würden. Auch wenn er seine juristische Unangreifbarkeit wahrt, ist es nun vielleicht endlich an der Zeit, dass die CSU ihren Verkehrsministerposten, den sie seit 2009 stellt, aufgibt.

Dies und Weiteres lest Ihr in diesem Update.

Hiermit grüße ich Euch, wünsche Euch alles Gute aus Berlin und freue mich, Euch auf Facebook und Co. oder der Internetseite wieder anzutreffen
Euer





// Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Es war eine zutiefst beeindruckende, bewegende Rede, die Charlotte Knobloch im Deutschen Bundestag anlässlich der Gedenkveranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus gehalten hat. Schilderungen entlang ihres Lebens mit grausamen Erinnerungen aus der Nazizeit und einem langsam wieder erwachenden jüdischen Leben in Deutschland bis zu seiner Vielfalt heute. Dabei appellierte sie zu Wachsamkeit und Engagement und warnte vor den Gefahren der aufkeimenden Rechten und der AfD: Sie kämpfen für ihr Deutschland und wir gemeinsam für unser Deutschland. Sie haben ihren Kampf vor 76 Jahren verloren. Danke für diese beeindruckende Rede.

Weiterhin berichtete Marina Weisband von ihrem Weg als Jüdin aus der Ukraine nach Deutschland und dass wir auch hier „einfach nur als Menschen leben“ können, wenn wir engagiert in dieser Gesellschaft leben. Danke auch dafür.

Der Tag der Befreiung hinterlässt uns eine enorme Aufgabe: Natürlich um die Erinnerung wach zu halten, aber auch um den Anfängen zu wehren und uns jeden Tag für eine tolerante, weltoffene, wachsame und starke Zivilgesellschaft einzusetzen.

// Schnelles Internet für alle und Umlagefähigkeit beibehalten

Im Bereich der Telekommunikation und der Breitbandversorgung wird das Telekommunikationsrecht vollständig überarbeitet und neu gefasst. Den dazugehörigen Regierungsentwurf haben wir in erster Lesung beraten

Mit dem über 400 Seiten starken Entwurf des Telekommunikationsmodernisierungsgesetzes sollen die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Gigabitnetzen und leistungsfähigen Mobilfunknetzen geschaffen werden. Für uns ist wichtig, dass dabei alle Netzwerkausrüster auf technische und politische Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit überprüft werden – denn es geht um kritische Infrastrukturen und unsere Daten. Dies geschieht in Verbindung mit dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0, welches wir ebenfalls in dieser Woche in erster Lesung beraten.

Darüber hinaus sieht der Entwurf ein Recht auf schnelles Internet für alle vor – egal, ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt. Die Corona-Pandemie zeigt uns einmal mehr, was uns zuvor bereits klar war: nämlich, dass uns erst ein leistungsfähiger Internetzugang vollständig am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilhaben lässt. Ob die vorgesehenen Regelungen die gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen, werden wir in den parlamentarischen Beratungen prüfen.

Klar ist, dass Verbraucher*innen künftig weniger zahlen oder leichter kündigen können, wenn der Internetzugang nicht schnell genug ist. Außerdem werden Anbieter verpflichtet, den Service bei Telefon- oder Internetproblemen zu verbessern.

Schließlich wird derzeit das sogenannte „Nebenkostenprivileg“ diskutiert, mit dem traditionell die Kosten für die TV-Kabelanschlüsse in Mehrfamilienhäusern auf die Mieter*innen umgelegt werden. Wir als SPD halten die Streichung der Umla-



Kurz vor Redaktionsschluss habe ich noch eine Rede zum Telekommunikationsgesetz gehalten. Schaut mal rein: <https://dbtq.tv/fvid/7499288>

gefähigkeit für falsch und das in mehrfacher Hinsicht. Der wichtigste Grund allerdings ist Investitionssicherheit. D.h. große Investoren, die die Anbindung von schnellem Internet an Wohnungen (besonders Bestandswohnungen) sichern, müssen mit im Boot sitzen. Der Solidaritätsgedanke ist hier zunächst wichtiger als individuelle Bestrebungen, denn er sichert diesen Ausbau.



// Übergabe von 44.000 Unterschriften durch „23 Häuser sagen Nein“

Über 40.000 Unterschriften für ein erweitertes, preislimitiertes Vorkaufsrecht wurden von Vertreter*innen der Mieter*innen-Initiativen *23 Häuser sagen NEIN!* der *Nachbarschaftsinitiative Bizim Kiez* und des *Berliner Mieterverein e.V.* an mich und meinen Kollegen Klaus Mindrup übergeben. Kommunen sollen durch Vorkauf mehr bezahlbaren Wohnraum sichern können, ohne selbst die Preissteigerungsspirale anzukurbeln. Die Petition startete Ende September auf der Petitionsplattform *WeAct* vor dem Hintergrund großer Immobilienpaketverkäufe sowie in Bezug auf das Baulandmobilisierungsgesetz, das am Donnerstag im Bundestag in die 1. Lesung ging.

// Für eine soziale Wohnungspolitik

Wohnen darf kein Luxus sein, den sich nur wenige leisten können. Wohnraum muss ausreichend verfügbar und dauerhaft bezahlbar sein – dafür braucht es eine aktive, staatliche Bodenpolitik. Daher war es ein weiterer wichtiger Schritt, dass wir diese Woche den Regierungsentwurf zum Bau-



Meine Rede zum Baulandmobilisierungsgesetz. Schaut mal rein: <https://dbtg.tv/fvid/7499063>

landmobilisierungsgesetz in erster Lesung beraten haben. Das Baugesetzbuch soll in zwei entscheidenden Punkten geändert werden, über die wir mit der Union lange gerungen haben: Zum einen wird es künftig schwieriger, bezahlbare Mietwoh-

nungen in einem Mehrfamilienhaus in teure Eigentumswohnungen umzuwandeln. Denn das bedeutete, dass die neuen Vermietenden die Miete erhöhen, um die Investitionen auszugleichen. Es kann aber nicht sein, dass dadurch viele Menschen aus ihren vier Wänden vertrieben werden. Zum anderen soll den Städten und Gemeinden mit einem erweiterten Baugebot ermöglicht werden, Bodenspekulationen zu verhindern. So können sie in angespannten Wohnungsmärkten bald Eigentümer*innen verpflichten, auf unter- oder nichtgenutzten Baugrundstücken Wohnungen zu bauen. Denn: Eigentum muss auch dem Allgemeinwohl dienen. Grundstücke dürfen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden. Außerdem stärken wir das Vorkaufsrecht für die Kommunen: Wenn Grundstücke verkauft werden, hat die öffentliche Hand künftig mehr Zeit und Möglichkeiten, diese zu kaufen, um darauf selbst bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Allerdings bleibt es nicht bei diesem Instrument allein, um den Bau von bezahlbarem Wohnraum insgesamt zu beschleunigen: Nachverdichtungen werden flexibler ermöglicht, etwa wie den Ausbau von Dachgeschossen. Auch sollen Kommunen in den Innenstädten bestimmen können, dass nur Häuser mit einem Mindestanteil an sozialem Wohnungsbau gebaut werden dürfen. Und: Damit der

Wohnungsbau beschleunigt wird, kann es künftig eine Befreiung von Bebauungsplänen geben. Im Kern setzten wir damit Beschlüsse der Baulandkommission um und stärken die Handlungsmöglichkeiten für Gemeinden und Städte.

// Minister Scheuer – endlich aus dem Verkehr ziehen?

Diese Woche hätte sich im Untersuchungsausschuss zur Pkw-Maut rund um den Verkehrsminister Scheuer noch einmal alles ändern können. Ein gutes Jahr lang haben Abgeordnete die Akten gesichtet und Beteiligte mit Fragen gelöchert. Der Minister musste sich nun diesen Donnerstag erneut dem Ausschuss stellen und die Frage lautete: Kommt da noch was?

Bereits letzten Oktober wurde der CSU-Mann im Untersuchungsausschuss stundenlang vernommen. Seine damalige Verteidigungslinie bestand im Kern in der Aussage, dass er lediglich ein vom Bundestag und Bundesrat beschlossenes Gesetz umgesetzt hat und dass es keine Abmachungen – gar Verträge – zwischen Bund und den Maut-Betreibern gegeben habe. Dabei steht nun weit mehr auf dem Spiel als der Ministerposten. Die Maut-Betreiber fordern mittlerweile 560 Millionen Euro Schadenersatz vom Bund. Es bleibt ein Rätsel, wie er und der frühere Staatssekretär zu der Annahme kamen, dass ein negatives Urteil des Europäischen Gerichtshofes unwahrscheinlich sei. Im Sommer 2019 wurde es vom EuGH „unerwartet“ gekippt. Ob nun die 560 Millionen Euro deutsches Steuergeld bedingungslos in den Kassen der Maut-Betreiber verschwinden werden, ist noch offen. Momentan läuft ein Schiedsverfahren.

Nachdem der Untersuchungsausschuss in der späten Nacht zum Freitag beendet war, war klar: Es gibt nichts Neues und auch keine überraschenden Änderungen mehr. Juristische Fehler konnten dem Minister jedenfalls nicht nachgewiesen werden.

Vielleicht ist es nun endlich an der Zeit, dass die CSU ihren Verkehrsministerposten, den sie seit 2009 stellt, aufgibt.

// B64 Plananpassung – Durchbruch oder Nebelkerze?

Hat *Straßen.NRW* den Forderungen und Protesten endlich nachgegeben? Das Unternehmen vermeldete „wesentliche“ Änderungen der B64-Planungen für Warendorf. In einer Pressemitteilung vom

22. Januar dieses Jahres bekennt sich der Betreiber zwar weiterhin zum Projekt, gesteht allerdings ein, dass „(...) für den westlichen und den östlichen Abschnitt von Warendorf (...), (...) das Verkehrsaufkommen geringer ist, als zunächst prognostiziert“ und deshalb „kein durchgehender, dritter Fahrstreifen gebaut“ werden müsse. Allerdings schreibt *Straßen.NRW* auch: „Auf anderen Teilstücken gibt es keine Änderungen der Bedarfe, die zu einer Planänderung führen würden.“

Bilanz: Die Dinge stehen wie bisher. Das Großprojekt ist und bleibt ein unnötiger und unverhältnismäßiger Eingriff in bestehende Naturräume. Die kosmetischen Anpassungen des Landesbetriebs *Straßen.NRW* an der Planung sind kein Fortschritt – im Gegenteil: Sie sind der Beweis, dass die Planungen vollständig geprüft und überarbeitet werden müssen. Die Protestaktionen der letzten Tage durch Grundeigentümer entlang der Trasse erhöhen den nötigen Druck auf *Straßen.NRW*.

// Grüner Populismus. Nord Stream 2 zu Ende bauen

Wirtschaftliche Beziehungen zur Oligarchennation Russland sind eine Sache, Abhängigkeit von umweltschädlichem Fracking-Gas eine andere. Das aber ausrechnet die Grünen-Chefin Annalena Baerbock Letzteres fordert, verwundert dann doch ordentlich.

Das Bauprojekt um *Nord Stream 2* ist mehr als früher zu einem reinen Politikum verkommen. Die USA lehnen es vehement ab, die Mehrheit der Osteuropäischen Staaten ebenfalls, die Grünen sowieso. Die Abhängigkeit von Russland würde steigen und die Bundesrepublik zumindest indirekt zum Finanzier russischer Oppressionspolitik. Die Wahrheit ist aber doch: Europa macht sich grundlegend unabhängiger von Russland. Serbien und Bosnien-Herzegowina versorgen sich seit Dezember über eine neue Route via Türkei und Bulgarien aus Aserbeidschan. Mit dabei ist auch Italien. Finnland bezieht mehr Gas aus Estland. Polen baut eine Leitung nach Norwegen.

Deutschland hingegen bezieht seit den 1960er Jahren Erdgas aus Russland und ist der größte Abnehmer. Diese wirtschaftliche Beziehung wurde seitdem durch mehrere Leitungen untermauert – *Nord Stream* ist nur eine davon. Die 2. Leitung sichert nicht nur höhere Kapazitäten, sondern auch Sicherheiten in Notfallsituationen. Und blickt man



// Interview mit Frontal 21

Am Freitag traf ich mich mit einem kleinen Kamerateam von Frontal 21 zu einem Interview über den aktuellen Stand beim BauGB und den Umwandlungsverbot (siehe Artikel „Für eine soziale Wohnungspolitik“ auf Seite 3). Anfang Februar soll es ausgestrahlt werden. Seid gespannt!

in die Zukunft, kann in den kommenden Jahrzehnten auch Wasserstoff durch diese Leitungen fließen, denn Deutschland ist keinesfalls in der Lage, seinen künftigen Wasserstoffbedarf allein zu decken.

Gas aufwendig per Schiff von Amerika nach Deutschland zu transportieren - zumal noch aus umweltschädlichen Fördermethoden -, kann nicht der Weg sein. Und eine Pipeline aufzugeben, von der nur noch 150 Kilometer der insgesamt mehr als 1200 Kilometer gebaut werden müssen, ebenfalls nicht.

// Eindeutiger Trend zu Wind und Sonne

Ist das der historische Wendepunkt unserer energiehungrigen Industriegesellschaft? Erstmals wurde in der EU mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, als aus fossilen Brennstoffen. Das belegt eine Studie der britischen Klimaschutzorganisation *Ember* und *Agora Energiewende*, einer Berliner Denkfabrik.

Im vergangenen Jahr lag der Anteil erneuerbarer Energien bei 38%, wohin 37% noch aus fossilen Energieträgern stammen. Kohlestrom spielt hierbei fast keine Rolle mehr. Seit 2015 hat sich dieser Anteil nahezu halbiert und beträgt europaweit nur noch 13%.

Deutschland steht im europäischen Vergleich gut da. Bei der Energieversorgung mit Wind und Sonne liegt es hinter Dänemark (61%) und Irland (35%) mit 33% auf Platz drei.

Die SPD ist in Deutschland der Treiber einer nachhaltigen Umweltpolitik.

// Corona-Hilfen kommen im Kreis Warendorf an: Ein Überblick

Nach anfänglichen Schwierigkeiten läuft die Auszahlung der Corona-Wirtschaftshilfen nun auch im Kreis Warendorf an.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie treffen die Wirtschaft hart. Gastronomen, Einzelhandel, Solo-Selbstständige, Kulturschaffende, ein Großteil des Dienstleistungssektors haben mit großen, teils vollständigen Umsatzeinbußen zu kämpfen. Finanzminister Olaf Scholz hat viel Geld zur Unterstützung der betroffenen Branchen zur Verfügung gestellt. Leider hakt es bei der Umsetzung durch das Bundeswirtschaftsministerium. Nach Anlaufproblemen fließen die Bundesmittel nun auch in den Kreis Warendorf. Bis zum 26. Januar sind 708 Anträge auf Überbrückungshilfe I und II bewilligt und rund 7,8 Millionen Euro ausgezahlt worden. Bis dato sind zudem 1130 Anträge auf November- und Dezemberhilfe gestellt worden. Rund 7,3 Millionen Euro an November- und Dezemberhilfen sind bereits bei den Antragstellerinnen und Antragstellern im Kreis Warendorf angekommen. Das Wirtschaftsministerium muss dafür sorgen, dass die Mittel auch weiterhin fließen. Seit Beginn der Corona-Pandemie bis zum 31. Dezember 2020 sind 435 Kredite mit einem Volumen von rund 83 Millionen Euro aus den Corona-Kreditprogrammen der KfW an Unternehmen im Kreis Warendorf vergeben worden. Im Rahmen der Soforthilfe für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen im Frühjahr 2020 sind 4767 Anträge bewilligt und rund 51 Millionen Euro ausgezahlt worden.

Die Abgeordneten meiner Fraktion sind im ständigen Austausch mit den zuständigen Ministerien, um Hindernisse bei der Bewilligung zu beseitigen. Allerdings geht es um Steuergelder, bei deren Einsatz man genau hinschauen muss.

Voraussichtlich ab Mitte Februar kann bis Juni 2021 die Überbrückungshilfe III, die kürzlich weiterentwickelt wurde, beantragt werden. Die Hilfe steht künftig mehr Unternehmen zur Verfügung. Besonders berücksichtigt werden dabei die Herausforderungen des Einzelhandels.